

Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung für die Stundung von Steuerforderungen im Rahmen der COVID-19-Pandemie**Beratungsfolge:**

Datum	Gremium
03.06.2020	Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss

Beschlussvorschlag:**Dringlichkeitsentscheidung
gem. § 60 Absatz 1 Satz 2 GO NRW**

Der Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss stimmt der Stundung von Steuerforderungen einschließlich Straßenreinigungs- und Winterdienstgebühren bis längstens zum 31.12.2020 zu, soweit der Stundungsantrag mit einer unmittelbaren und nicht unerheblichen Betroffenheit aus der COVID19 - Pandemie begründet wird.

Auf die Erhebung von Stundungszinsen wird insoweit verzichtet.

Gummersbach, den 06.04.2020

Frank Helmenstein
Bürgermeister

Torsten Stommel
Vorsitzender des Finanz- und
Wirtschaftsförderungsausschusses

Raoul Halding-Hoppenheit
Erster Beigeordneter
und Stadtkämmerer

Begründung:

In weiten Teilen des Bundesgebietes sind durch das Coronavirus beträchtliche wirtschaftliche Schäden entstanden oder diese werden noch entstehen. Es ist daher angezeigt, den Geschädigten durch steuerliche Maßnahmen zur Vermeidung unbilliger Härten entgegenzukommen.

Im Rahmen der Maßnahmen zur Bewältigung der finanziellen Folgen der COVID 19-Pandemie wurden daher zur Liquiditätssicherung der Steuerpflichtigen durch ein BMF-Schreiben vom 19.03.2020 die Möglichkeiten zur Stundung von Steuern und der Herabsetzung von Gewerbesteuvorauszahlungen erweitert.

Voraussetzung für eine Stundung von Steuerforderungen ist dabei lediglich der Nachweis einer unmittelbaren und nicht unerheblichen Betroffenheit des Steuerpflichtigen.

Den Kommunen in NRW wird die Anwendung dieses BMF-Schreibens seitens des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bauen und Gleichstellung (MHKBG) empfohlen.

Vor diesem Hintergrund soll bei den von der Stadt Gummersbach erhobenen Abgaben

- Gewerbesteuer,
- Grundsteuer inkl. Straßenreinigungs- und Winterdienstgebühren,
- Hundesteuer,
- Vergnügungssteuer und
- Zweitwohnungssteuer

die Möglichkeit eingeräumt werden, einen Antrag auf Stundung zu stellen, wenn die Stundung der Vermeidung von Liquiditätsengpässen bzw. Zahlungsschwierigkeiten infolge der Corona-Pandemie dient.

Als Nachweis ist eine schriftliche Darlegung der Umstände erforderlich, die eine unmittelbare und nicht unerhebliche Betroffenheit begründen.

Auf eine Erhebung von Stundungszinsen wird in diesen Fällen entsprechend der Hinweise des BMF-Schreibens verzichtet.

Entsprechend der Zuständigkeitsordnung der Stadt Gummersbach entscheidet der Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss über Stundungen ab einer Forderungshöhe von 25.000 €. Um eine zügige Bearbeitung der Anträge zu ermöglichen, ist eine generelle Zustimmung zu Stundungen, die auf der Basis der Betroffenheit von der COVID 19-Pandemie ausgesprochen werden, erforderlich.

Stundungen, die nicht mit dieser Begründung beantragt werden, fallen unter die Regelungen der Dienstanweisung "Stundung, Niederschlagung und Erlass" und werden dem Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss weiterhin zur Entscheidung vorgelegt. In diesen Fällen werden auch weiterhin Stundungszinsen erhoben.